

Peter Brödner

Der fatale Irrtum des Internationalen Währungsfonds (IWF)

Mitunter haben wissenschaftliche Fehlleistungen weit schlimmere Folgen als Naturkatastrophen. Dies trifft mit Sicherheit auf den fatalen Irrtum des IWF zu, der in den letzten Wochen bekannt geworden ist. Was ist geschehen?

Die gesamte politische Strategie der sog. Troika – des „Dreiergespanns“ von Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfond (IWF) – zur Bewältigung der Krise der Eurozone beruht bekanntlich darauf, den unter hohen Kreditzinsen leidenden mediterranen Euro-Ländern Hilfe aus dem europäischen Rettungsschirm nur unter der Bedingung zu gewähren, dass diese ihre Staatsausgaben drastisch reduzieren. Unsinnigerweise wird diese Kürzungspolitik in Politik und Medien „Sparen“ genannt: Ein Staat kann gar nicht „sparen“, er kann lediglich seine Ausgaben reduzieren oder seine Einnahmen erhöhen. Ob dadurch Staatsschulden tatsächlich abgebaut werden können, zeigt sich erst am Ende einer langen Kette von direkten und indirekten Wirkungen dieser Maßnahmen.

Schon auf den ersten Blick müssen Ausgabenkürzungen zweifelhaft erscheinen, da zuerst einmal die Gesamtnachfrage und das Nationaleinkommen um eben den Kürzungsbetrag schrumpfen; unter bestimmten Bedingungen kann dieser Effekt aber durch indirekte Wirkungen teilweise wieder aufgehoben werden, beispielsweise dadurch, dass mit geringeren Staatsausgaben das Zinsniveau sinkt und möglicherweise wieder mehr investiert wird. Um nun die im Vorhinein prinzipiell unbekannte Gesamtwirkung staatlicher Ausgabenänderungen doch einschätzen zu können, hat die Wirtschaftswissenschaft einen sog. „Fiskalmultiplikator“ eingeführt, der angibt, um wieviel sich die wirtschaftliche Gesamtleistung (BIP) im Endeffekt ändert, wenn die Staatsausgaben um einen Euro erhöht oder gekürzt werden.

Dieser Multiplikator ist für die Wirtschafts- und Haushaltspolitik von höchster Bedeutung. Fällt er klein aus (< 1), heißt das, dass die Gesamtwirkungen von höheren oder geringeren Staatsausgaben auf die Wirtschaftsleistung eher gering sind: Konjunkturprogramme tendieren zu „verpuffen“, Budgetkürzungen schaden dagegen eher wenig und man kann die dann kaum geschmälernten Steuereinnahmen bei verringerten Ausgaben zur Rückzahlung der Schulden verwenden. So die Logik der neoliberalen Ökonomen, der auf Geheiß Merkels gebildeten Troika und der gesamten Euro-Krisenpolitik. Ist der Multiplikator dagegen deutlich > 1 , verändert sich die Lage drastisch: Dann erscheint es sinnvoll, die Staatsausgaben mittels Schulden zu erhöhen mit der Folge sehr viel größerer Steigerung der Wirtschaftsleistung, damit auch höherer Einkommen und erhöhter Steuereinnahmen, die aufgenommene Schulden wieder zu tilgen erlauben.

Der Finanzmultiplikator ist natürlich von Land zu Land verschieden und ändert sich mit der Zeit und den Umständen. Man kann ihn daher nur empirisch mit Methoden statistischer Analyse von Wirtschaftsdaten aus der Vergangenheit ermitteln und dabei hoffen, dass er auch für die nahe Zukunft weiter Gültigkeit

besitzt. Genau dies hat der IWF getan und auf den so ermittelten Multiplikator seine gesamte Rettungsstrategie abgestützt. Nur hat er sich dabei gründlich verrechnet, wie sein höchst einflussreicher Chefökonom Olivier Blanchard vor Wochen sogar persönlich öffentlich bekannt gemacht hat. Im Falle Griechenlands stützt sich die gesamte Rettungspolitik bislang auf einen Finanzmultiplikator von 0,5; aufgrund von Berechnungen mit neueren und zutreffenderen Daten nimmt der IWF neuerdings für die Eurozonenkrise einen – möglicherweise immer noch zu kleinen – Wert zwischen 0,9 und 1,7 an (andere namhafte Ökonomen rechnen sogar mit einem Wert von mindestens 2,5). Das heißt nichts anderes, als dass die Rettungspolitik für die mediterranen Euro-Länder vollständig auf Sand gebaut ist, diese immer tiefer in den Teufelskreis von Depression und wachsender Verschuldung treibt und am Ende auch das angeblich so exportstarke Deutschland einholt.

Erstaunlich ist, mit welcher Leichtfertigkeit hier mit Kenngrößen umgegangen wird, von denen Wohl und Wehe ganzer Volkswirtschaften abhängen, als ginge es hier nur um methodische Details. In Anbetracht einer derart folgenreichen methodischen Fehlleistung wäre es ein Gebot der Vernunft, nun schleunigst auch die völlig fehlgeleitete Euro-Krisenpolitik zu korrigieren und eine Art „Marshallplan“ für die notleidenden Länder zu entwickeln. Anders können diese gar nicht wieder auf die Beine kommen. Doch weit gefehlt: Stattdessen wird der Irrtum des IWF von Medien und Politik einfach ignoriert, wird weiter gemacht wie bisher und so der wirtschaftliche Niedergang der Eurozone beschleunigt statt aufgehalten.

Immerhin offenbart der Vorfall das lückenlose Zusammenspiel von „wissenschaftlicher“ Ökonomik, Medien und Politik als sich selbst reproduzierendem Verblendungszusammenhang. Mit ihren weltfremden Grundannahmen vollständig informierter und rationaler Akteure auf effizienten Märkten bildet die Ökonomik realitätsferne, empirisch ganz ungesicherte Modelle, die in ihrem mathematischen Gewand Wissenschaftlichkeit vortäuschen, wo tatsächlich nur Mutmaßungen Geltung beanspruchen. Gleichwohl werden diese von den Medien als eherne Wahrheiten vermittelt und die politischen Akteure leiten daraus ihre als alternativlos beschworenen Maßnahmen zur Sanierung ab.

Hinter diesem Schleier vermeintlich unentrinnbarer Gegebenheiten bleiben allerdings die vielfältigen tatsächlichen Abhängigkeiten von herrschenden Interessen der Kapitalverwertung (sprich: „den Märkten“) verborgen, die in Wahrheit das mediale und politische Geschehen steuern – Merkels eigentlich geheime, aber durch Gerichtsentscheid veröffentlichte Gästeliste zur Zelebrierung von Ackermanns Geburtstag im Kanzleramt wirft darauf ein erhellendes Licht. So werden in der „marktkonformen Demokratie“ die angeblich herrschenden Bürger über die tatsächlich herrschenden Interessen ungestörter Kapitalverwertung getäuscht und täuschen sich in dieser Verblendung selbst über ihre wirkliche Lage – ohne Aussicht auf Besserung, solange dieser Zirkel nicht durchbrochen wird.